



Beschlussempfehlung

—

Ausschuss für Bildung

Aktiv werden, statt abwarten - Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen endlich umsetzen!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2518**

Alternativantrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/2552**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Stephen Gerhard Stehli

Der Ausschuss für Bildung empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung der Ausschüsse für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie für Finanzen, den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Gesundheitsfachberufe zeitgemäß attraktiv ausrichten und zukunftsorientiert weiterentwickeln

1. Der Landtag stellt fest, dass der Bund gemeinsam mit den Bundesländern die Eckpunkte des „Gesamtkonzeptes Gesundheitsfachberufe“ beschlossen hat. Im Kern geht es vor allem um die grundlegende Reform der Ausbildungen in den zehn bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen - so auch Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie und Medizinische Technologie.

Im Eckpunktepapier trifft der Bund zum Thema Schulgeldfreiheit die Aussage, nach der eine Vereinbarung über die Verpflichtung der Schülerin oder des Schülers, für die Ausbildung eine Entschädigung, Schulgeld oder vergleichbare Geldzahlungen zu zahlen, nichtig ist.

2. Der Landtag stellt fest, dass in Umsetzung der bisherigen bundesgesetzlichen Akademisierungsvorhaben in Sachsen-Anhalt Studienplätze in der Pflege- und Hebammenausbildung an der Martin-Luther-Universität eingerichtet wurden.
3. Der Landtag begrüßt die Eckpunkte des „Gesamtkonzeptes Gesundheitsfachberufe“ im Kontext der Fachkräftesicherung als Grundlage für die angestrebte Neuordnung und Stärkung der Gesundheitsfachberufe. Sie stellen somit eine wesentliche Basis für notwendige gesetzliche Änderungen zur Steigerung der Attraktivität dieser Berufe dar.
4. Der Landtag begrüßt die aktive Begleitung der Landesregierung am bundesweiten Prozess der Modernisierung der Gesundheitsberufe.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung, den Abstimmungsprozess mit dem Bund zur künftigen (teil-)akademisierten Ausbildung in der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie weiterhin aktiv zu begleiten.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, bereits jetzt im Rahmen der Verhandlungen zu den nächsten Zielvereinbarungen Gespräche mit den Hochschulen zu führen.
7. Der Landtag bittet die Landesregierung, mit Blick auf die Eckpunkte des „Gesamtkonzeptes Gesundheitsfachberufe“ und die damit verbundene Regelung, dass in Ausbildungsverträgen damit zukünftig eine Beteiligung der Schülerin oder des Schülers an der Finanzierung der schulischen Ausbildung, insbesondere die Erhebung eines Schulgeldes oder anderer finanzieller Beteiligungen, nicht mehr gestattet ist, erforderliche Maßnahmen zu prüfen und zeitgerecht einzuleiten, um den finanziellen Ausfall adäquat zu kompensieren. Eine Berichterstattung soll in den Ausschüssen für Bildung sowie für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im II. Quartal 2024 erfolgen.“

Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 3

Stephen Gerhard Stehli
Ausschussvorsitz